

RAHMENTHEMA: AUSBILDUNGSPLATZSITUATION

Laszlo Alex

Betriebliche Berufsausbildung, Strukturen und Tendenzen

Bis in die Mitte der 70er Jahre konnte die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in Schulen, Hochschulen und Betrieben weitgehend gedeckt werden. Seit 1976 treten durch den Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in das Bildungssystem Kapazitätsprobleme in den weiterführenden Ausbildungsbereichen auf. Die hohe Geburtenzahl der 60er Jahre bewirkte eine steigende Zahl von Absolventen des allgemeinbildenden Schulsystems, die — zeitlich versetzt — in diesem und in den kommenden Jahren Plätze in der beruflichen Ausbildung und im Beschäftigungssystem nachfragen.

1. Die Bedeutung der beruflichen Bildung

In der Vergangenheit stand die berufliche Bildung bei der Diskussion bildungspolitischer Fragen hinter der allgemeinen Bildung und Hochschulbildung zurück. Bei der rapide steigenden Zahl von Schülern in weiterführenden Schulen und Hochschulen wurde lange vernachlässigt, daß die große Mehrheit der Jugendlichen eine berufliche Ausbildung durchläuft. Hier zeichnet sich nicht zuletzt durch die Kapazitätsprobleme in diesem Bereich eine Veränderung ab.

Die Zahl der Schulentlassenen wird in den kommenden Jahren jeweils um 300 000 höher liegen als 1970. Erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wird sich der Geburtenrückgang der 70er Jahre spürbar auswirken. Bei der Versorgung der geburtenstarken Jahrgänge mit Ausbildungsplätzen kommt der dualen Ausbildung wegen ihrer quantitativen Bedeutung eine besondere Verantwortung zu. Diese zu entsprechen ist auch aus ökonomischen Gründen notwendig. Den starken Jahrgängen folgen schwache. Die Zahl der 15- bis 20jährigen Deutschen in der Bundesrepublik wird von 4,9 Millionen im Jahr 1982 auf 3 Millionen 1990 sinken. Die Investition in die Qualifikation der geburtenstarken Jahrgänge ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Stabilität auch auf lange Sicht erhalten bleiben.

Eine breite berufliche Qualifizierung der heranwachsenden Generation ist nicht nur aus gesellschaftspolitischer sondern auch aus individueller Sicht notwendig. Durch die vergangene Rezession und das verringerte Wirtschaftswachstum ist die Aufnahme von Jugendlichen im Beschäftigungssystem schwieriger geworden. Dies gilt in besonderem Maße für Jugendliche ohne Berufsausbildung. Sie sind auch in ihrer beruflichen Entwicklung beeinträchtigt: Das Beschäftigungsrisiko ist, wie die Arbeitsmarktdaten deutlich zeigen, um so höher je geringer der Ausbildungsgrad ist. Eine nachträgliche Qualifizierung von Ungelernten gelingt wegen der unzureichenden Motivation und der fehlenden Basis an Grundwissen selten.

2. Entwicklung des Angebots von und der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen

Die Beurteilung der gegenwärtigen und zukünftigen Ausbildungsstellensituation erfordert eine Analyse der Entwick-

lungstendenzen, die sich aus der Entwicklung der Schulabgänger und ihrem Ausbildungsverhalten sowie aus der Veränderung des betrieblichen Angebots ergeben.

2.1 Übergang von der Schule in die betriebliche Ausbildung

Die jährliche Nachfrage nach Ausbildungsplätzen setzt sich im wesentlichen aus Schulabgängern von allgemeinbildenden Schulen, vor allem nach Abschluß der Sekundarstufe I, und von berufsbildenden Vollzeitschulen und Lehrgängen (Berufsgrundbildungsjahr einschließlich Sonderformen, Berufsfachschulen) desselben Jahres zusammen.

Statistische Angaben über den individuellen Verlauf der Jugendlichen von der Schule in die betriebliche Ausbildung liegen zur Zeit noch nicht vor (s. unten). Aus der Statistik der beruflichen Schulen ist jedoch bekannt, daß die Mehrzahl der Abgänger aus der Sekundarstufe I um einen betrieblichen Ausbildungsplatz nachfragt. Für die Abgänger aus der Sekundarstufe I, die kein Gymnasium oder keine Fachoberschule besuchen wollen, gibt es folgende berufsvorbereitende, berufsbegleitende oder berufsqualifizierende Ausbildungswege:

- a) Betriebliche Ausbildung in Verbindung mit dem Besuch einer beruflichen Teilzeitschule (Auszubildende im dualen System)
- b) Vollzeitschulisches Berufsgrundbildungs- oder Berufsgrundschuljahr
- c) Besuch einer Berufsfachschule
- d) Besuch einer beruflichen Teilzeitschule ohne betriebliche Ausbildung (Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag: Jungarbeiter, Jungangestellte)

Tabelle 1, die die Verteilung der Schüler im 1. Schuljahrgang an beruflichen Schulen zeigt, weist auf die dominierende Bedeutung der dualen Ausbildung für die Abgänger aus der Sekundarstufe I hin. Sie gibt sie aber nur unvollständig wieder. In relativ gleichem Umfang wie die Zahl der Auszubildenden im 1. Berufsschuljahrgang zurückging stieg die Zahl der Schüler in beruflichen Vollzeitschulen an. Beim Besuch dieser Schulen handelt es sich für einen großen Teil der Schüler um eine berufsvorbereitende Zwischenstufe, nach deren Abschluß eine betriebliche Ausbildung aufgenommen wird.

Der Anstieg der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag ist zu einem nicht unerheblichen Teil auf den Engpaß an Ausbildungsstellen zurückzuführen. Zwischen 1972/73 und 1976/77 nahm die Zahl der berufs- und arbeitslosen Jugendlichen im 1. Berufsschuljahrgang um mehr als 24 000 oder 201 % zu; bei gleicher Verteilung der Berufsschüler nach Stellung im Beruf wie 1972/73 hätte sie um 600 abnehmen müssen. Die Tabelle 2 zeigt, daß sich bei gleicher Struktur wie 1972/73 rd. 15 800 Jugendliche mehr in einer betrieblichen Ausbildung hätten befinden müssen. Es ist anzunehmen, daß unter den Berufs- und Arbeitslosen in den Berufsschulen sich

Tabelle 1: Schüler im 1. Schuljahrgang an beruflichen Schulen (Tsd)

Schuljahr		Auszubildende und Praktikanten*)	Schüler im Berufsgrundbildungsjahr	Schüler in Berufsfachschulen**)	Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag	Schüler insgesamt
1971/72	abs.	457,5	4,8	114,0	75,9	652,2
	in %	70,2	0,7	17,5	11,6	100,0
1972/73	abs.	468,5	8,0	142,0	75,7	694,2
	in %	67,5	1,2	20,5	10,8	100,0
1973/74	abs.	458,7	14,4	150,2	78,5	701,8
	in %	65,4	2,0	21,4	11,2	100,0
1974/75	abs.	429,5	18,9	162,6	92,2	703,2
	in %	61,1	2,7	23,1	13,1	100,0
1975/76	abs.	420,5	27,0	164,0	89,0	700,5
	in %	60,0	4,0	23,4	12,6	100,0
1976/77	abs.	434,0	44,2***)	185,7	88,5	752,4
	in %	57,7	5,9	24,7	11,7	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schulen der beruflichen Ausbildung, versch. Jahrgänge.

*) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung und des Erhebungszeitpunktes sind die schulstatistischen Angaben nicht voll vergleichbar mit der Auszubildendenstatistik der nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen (Praktikanten 1971: 482; 1972: 1045; 1973: 1422; 1974: 3781; 1975: 2950).

**) Schüler ohne Angabe des Schuljahrganges sind entsprechend der Schuljahrgangsstruktur der Schüler mit Angabe des Berufsfachschuljahrgangs aufgeteilt.

***) Davon 11 700 im Berufsvorbereitungsjahr in Nordrhein-Westfalen, in Bayern 3800 im Berufsgrundbildungsjahr für Jungarbeiter, in Hamburg 1300 Schüler in Werkklassen.

Tabelle 2: Berufsschüler nach Stellung im Beruf im 1. Schuljahrgang

	1972/73		1976/77	1976/77 bei gleicher Verteilung wie 1972/73	Differenz
	Absolut	Verteilung			
	1	2	3	4=2×3	5=3—4
Auszubildende u. Praktikanten	468 533	0,861	434 042	449 863	—15 821
Jungangestellte kfm. Berufe	6 344	0,012	4 392	6 270	— 1 878
Mithelfende Familienangehörige	3 301	0,006	2 840	3 135	— 295
Jungarbeiter	53 954	0,099	44 640	51 726	— 7 086
Berufs- und Arbeitslose	12 134	0,022	36 575	11 495	+25 080
Insgesamt	544 266	1,000	522 489	522 489	± 0

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung.

zunehmend Jugendliche befinden, die ursprünglich die Absicht hatten, eine betriebliche Ausbildung zu beginnen, aber dies (noch) nicht realisieren konnten.

Die von den Kultusministerien durchgeführten Befragungen [1] von Entlassschülern geben eine hinreichende Basis für die Ermittlung des Übergangsverhaltens. Die Befragungsaktion erfaßte 1977 883 110 Entlassschüler [2], davon befanden sich 743 789 in allgemeinbildenden Schulen, und zwar überwiegend (etwa zu 98 %) im Bereich der Sekundarstufe I. Sie gehörten zu über 60 % der Hauptschule und fast zu 25 % der Realschule an. Der Rest verteilte sich auf Sonderschulen (6,4 %), Gymnasien (5,2 %) und integrierte Gesamtschulen (2,7 %). Von den befragten Schülern der allgemeinbildenden Schulen strebten 63 % unmittelbar in das duale System. 5 % wollten keine weitere Bildung oder Ausbildung. Der Anteil der männlichen Entlassschüler, die einen Ausbildungsplatz suchten, lag mit 69 % deutlich über dem entsprechenden Anteil bei den Entlassschülerinnen (54 %). Die Tabelle 3 zeigt die Übergangsquoten aufgrund der Ergebnisse der Schülerbefragung 1977.

Das Nachfrageverhalten der Entlassschüler ist, wie die Tabelle 3 zeigt, von der besuchten Schulform abhängig: der Anteil der Nachfragenden um einen betrieblichen Ausbildungsplatz ist am niedrigsten bei Sonderschülern und am höchsten bei Realschülern. Dies gilt für beide Geschlechter, wobei der Anteil der eine betriebliche Ausbildung anstrebenden Mädchen von allgemeinbildenden Schulen mit 51 % um ein Viertel niedriger ist als der der Jungen (67 %).

Die Abhängigkeit des Nachfrageverhaltens von der besuchten Schulform und Abgangsklasse ist z. T. auf das Angebot von Plätzen in beruflichen Vollzeitschulen (Berufsgrundbildungsjahr einschließlich Sonderformen, einjährige Berufsfachschulen) zurückzuführen, das sich vor allem an die Personengruppen wendet, die ohne eine berufsvorbereitende Ausbildung kaum Chancen hätten, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten. Die regional sehr unterschiedlichen Übergangsquoten für das duale System (z. B. in Baden-Württemberg 56 %, in Bayern 79 %) spiegeln somit auch den Ausbaustand solcher berufsvorbereitenden Vollzeitschulen wider.

Tabelle 3: Bildungsabsichten der Abgänger — „Übergangsquoten“ aufgrund der Ergebnisse der Schülerbefragung 1977

Besuchte Schulform	insgesamt befragt	davon Abgänger bzw. Übergänger in (in %)					
		duales System	allgemeinbildende Schulen	berufliche Vollzeitschulen	Berufsgrundbildungsjahr	Arbeitsverhältnis	Sonstige
Hauptschule Klassenstufe	50 982	59,7	3,4	4,4	16,4	13,5	2,6
Hauptschule Klassenstufe 9/10	402 138	66,1	5,9	18,1	7,2	1,8	0,9
Realschule	184 532	67,7	12,8	16,1	2,4	1,2	0,8
Gymnasium	38 469	52,3	17,2	24,2	2,1	1,9	2,5
integrierte Gesamtschule	20 307	60,5	19,4	12,3	2,6	2,1	2,1
Sonderschule	47 361	38,9	3,9	6,0	25,6	21,6	5,1
Sekundarstufe I insgesamt	743 789	63,5	8,2	15,9	7,3	3,7	1,4

Tabelle 4: Bildungsabsichten der Abgänger — „Übergangsquoten“ getrennt nach Geschlechtern (in %)

Von den Entlaßschülern strebten an	Hauptschule				Realschule		Gymnasium		Integrierte Gesamtschule		Sonderschule	
	7/8		9/10		m	w	m	w	m	w	m	w
	m	w	m	w								
eine betriebliche Ausbildung	61,2	50,3	71,5	49,8	70,0	59,1	53,3	47,0	60,4	52,9	40,8	28,7
eine vollzeitschulische Ausbildung	23,7	25,9	26,3	46,9	28,1	39,2	40,9	47,8	33,1	41,4	32,0	40,4

Auf die Erweiterung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und ihre Annahme durch die Jugendlichen ist auch das im Vergleich zu 1976 sinkende Übergangsquotenniveau für das duale System zurückzuführen (Tabelle 5).

Tabelle 5: Bildungsabsichten der Abgänger — „Übergangsquoten“ im Jahresvergleich

	Hauptschule	Realschule	Sonderschule
1976	68,7	69,4	44,2
1977	65,4	67,7	38,9

Die Ergebnisse der Schülerbefragung zeigen, daß die Chance, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten, um so geringer ist, je geringer das schulische Abschlußniveau ist. So hatte zum Befragungszeitpunkt (6 bis 8 Wochen vor dem Entlassungstermin) jeder 2. Sonderschüler und Hauptschulabgänger von der Klasse 7 und 8, der einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchte, noch keine Zusage vom Betrieb; von den Abgängern aus der Hauptschule Klassenstufe 9 und der Realschule Klassenstufe 10 dagegen jeder 5.

Von den Entlaßschülern aus allgemeinbildenden Schulen, die eine weiterführende Schule besuchen wollen, wird mit Zeitverzögerung ebenfalls ein Teil einen betrieblichen Ausbildungsplatz nachfragen. Diese Jugendlichen, die im Anschluß an den Besuch berufsbildender Schulen einen betrieblichen Ausbildungsplatz nachfragen, bilden die zweite große Gruppe von Nachfragenden.

Nach den Ergebnissen der Schülerbefragung 1977 strebten 63,6 % der Schüler im Berufsgrundbildungsjahr (68,5 % von den männlichen und 45,6 % von den weiblichen Schülern)

eine berufliche Ausbildung im dualen System an. In die gleiche Befragung wurden auch die Abgänger von ein- und zweijährigen Berufsfachschulen einbezogen. Die Ergebnisse für diese Gruppe sind jedoch nicht voll verwertbar, da sich hier die fehlende Trennung in der Befragung nach betrieblicher Berufsausbildung einerseits und Ausbildung für Krankenpflegeberufe (Krankenschwester u. dgl.) andererseits verzerrend auswirkt [3]. Aufgrund ergänzender und differenzierter Auswertungen einzelner Länder kann für diese Gruppe eine Übergangsquote für das duale System von knapp über 50 % (etwa 75 % bei männlichen und 40 % bei weiblichen Schülern) angenommen werden.

Demnach wollen von den Absolventen bzw. Abgängern der Sekundarstufe I früher oder später rd. 75 % eine betriebliche Berufsausbildung durchlaufen.

In der Vergangenheit war der Anteil der Hochschulberechtigten, der eine Ausbildung im dualen System anstrebte, relativ gering (3 bis 4 %). Seit 1976 ist eine deutliche Zunahme zu beobachten. Nach den Ergebnissen einer repräsentativen Erhebung [4] des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom Oktober 1977 bei Abgängern aus der letzten Klasse des Gymnasiums und der Fachoberschule des Schuljahrgangs 1975/76 gaben insgesamt 11 % (8 % der männlichen und 15 % der weiblichen) Hochschulberechtigten an, daß sie eine betriebliche Berufsausbildung nach Abschluß der Schule anstrebten.

Aufgrund des Nachfrageverhaltens, der Schulabgänger aus der Sekundarstufe I und den beruflichen Vollzeitschulen sowie der Hochschulberechtigten ergibt sich eine Gesamtnachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen 1977 von 593 000 Personen.

Nach § 5 Abs. 4 des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes ist die jährliche Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu ermitteln aufgrund

- der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den bis zum 30. September eines jedes Jahres vorangehenden zwölf Monaten (= realisierte Nachfrage),
- der Zahl der am 30. September bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten Personen, die Ausbildungsplätze suchen (= nicht realisierte Nachfrage).

Die Gesamtnachfrage 1977 nach Maßgabe des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes betrug 585 900.

Die geringe Differenz zwischen der sich aufgrund des Nachfrageverhaltens berechenbaren Größe der Ausbildungsplatzsuchenden und der rechnerisch ermittelten Nachfrage nach § 5 Abs. 4 APIFG soll den Tatbestand nicht verdecken, daß in der Zusammensetzung des Personenkreises zwischen den beiden Berechnungen ein gewisser Unterschied besteht. In der nach APIFG ermittelten Größe der Nachfrage: als unversorgt gemeldete Ausbildungsplatzsuchende bei den Arbeitsämtern sind diejenigen Ausbildungsplatzsuchenden nicht mehr enthalten, die ihren Ausbildungswunsch wegen fehlender Angebote schon aufgegeben haben und z. B. in schulische Bildungsgänge ausgewichen sind. Nach der bereits erwähnten Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bemühte sich nur jeder 7. Hauptschulabsolvent und jeder 10. Realschulabsolvent, der im Oktober 1977 noch keine Zusage über einen Ausbildungsplatz hatte, weiterhin einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Der größte Teil der „Verzichter“ ist auf schulische Alternativen ausgewichen. Auf der anderen Seite werden bei der Berechnung mit Hilfe des Nachfrageverhaltens von Schulabgängern des abgelaufenen Schuljahres diejenigen Nachfragenden nicht erfaßt, die dem Kreis der Schulabgänger vorangehender Schuljahre zuzurechnen sind, die aber nach Abgang aus allgemeinbildenden Schulen keine beruflichen Vollzeitschulen besuchen (Jungarbeiter, Personen im elterlichen Haushalt).

Trotz dieser Unterschiede in der Berechnungsbasis bieten die vorliegenden Ergebnisse eine ausreichend sichere Grundlage für die Voraussage der künftigen Nachfrageentwicklung.

Der Anteil der Entlaßschüler aus der Sekundarstufe I, der direkt nach Abschluß der Schule eine betriebliche Berufsausbildung anstrebt, wird, wie schon in diesem Jahr, so auch in den kommenden Jahren zurückgehen. Immer mehr Schulabgänger, insbesondere von Sonderschulen und Abgänger ohne Abschluß, werden die Möglichkeit einer schulischen berufsvorbereitenden Ausbildung ergreifen. Das heißt, daß die Übergangsquote von Abgängern der Sekundarstufe I in das duale System 1978 auf 62 bis 63 % und in den darauffolgenden Jahren auf unter 60 % fallen dürfte.

Die Zahl der Übergänger von beruflichen Vollzeitschulen in das duale System wird dagegen stark zunehmen. Bezieht man aus rechnerischer Vereinfachung die Nachfragenden aus beruflichen Vollzeitschulen nach den Ergebnissen der Schülerbefragung 1977 auf die Schulabgänger der Sekundarstufe I des Vorjahres, so ergibt sich eine Übergangsquote für 1977 von 12 %. Diese Quote dürfte im Jahr 1978 auf 13 bis 14 % und in den darauffolgenden Jahren um etwa die gleichen Prozentpunkte steigen wie der Anteil der direkten Übergänge aus der Sekundarstufe I zurückgeht.

Auch der Anteil der einen Ausbildungsplatz nachfragenden Hochschulberechtigten an den Hochschulberechtigten insgesamt wird voraussichtlich weiter steigen; für 1978 kann mit einem Anteil von 10 bis 11 % gerechnet werden.

Aufgrund der Schulabgängerprognose 1978 des Statistischen Bundesamts kann die Gesamtzahl der Ausbildungsplatzsuchenden für 1978 auf 630 000 geschätzt werden; das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Zunahme von 7 %. In den Jahren 1979 und 1980 wird die Nachfrage nach betrieb-

licher Berufsausbildung weiter zunehmen, allerdings aufgrund der nicht mehr so stark steigenden Schulabgängerzahlen in relativ geringerem Umfang als 1978.

2.2 Entwicklung und Struktur der betrieblichen Berufsbildung

Die quantitative und strukturelle Entwicklung der betrieblichen Berufsausbildung kann anhand der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse (= Zahl der Auszubildenden) und der zum Beginn eines Ausbildungsjahres nicht besetzten Ausbildungsstellen analysiert und dargestellt werden.

Die maßgebliche statistische Quelle für die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse sind die von den Spitzenverbänden der Kammern und anderen für die Berufsausbildung zuständigen Stellen gemeldeten Daten über Auszubildende nach Ausbildungsjahren und Ausbildungsberufen zum Stichtag 31. 12. („Bestandsstatistik der Kammern“).

Außer diesen, jährlich vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und Statistischen Bundesamt in der Reihe „Berufliche Aus- und Fortbildung“ veröffentlichten Daten gibt es statistische Angaben über die Auszubildenden

- in der Schulstatistik (Schulen der beruflichen Ausbildung: Berufs- und Berufssonderschüler mit Ausbildungsvertrag),
- in der Beschäftigtenstatistik (versicherungspflichtige beschäftigte Auszubildende).

Da Abgrenzung und Erhebungszeitpunkt unterschiedlich sind, weichen die Angaben in den drei Statistiken voneinander ab:

Tabelle 6: Auszubildende insgesamt 1975/76

Schulstatistik (Erhebung: Mitte Oktober 1975):	1 361 166
Bundesstatistik der Kammer (Stichtag 31. 12. 1975):	1 316 569
Beschäftigtenstatistik (Stichtag 30. 6. 1976):	1 322 388

Im Gegensatz zu den abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen wird die Zahl der jährlichen Neuabschlüsse erst seit Inkrafttreten des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes 1976 erfaßt. Für eine Zeitreihenanalyse der Neuabschlüsse müssen daher auf der Grundlage der Bestandsstatistik der Kammer Behelfsrechnungen (vgl. im einzelnen im Berufsbildungsbericht 1977, Seite 18) durchgeführt werden. In der Tabelle 7 sind die Ergebnisse dargestellt. Die berechnete Zahl der Neuabschlüsse zum Stichtag 31. 12. 1976 liegt um 14 000 niedriger als die von den zuständigen Stellen zum Stichtag 30. 9. 1976 gemeldete Zahl. Diese Differenz geht vor allem auf die unterschiedlichen Stichtage zurück, da bis zum 31. 12. sowohl Auflösungen als auch Neubegründungen vorkommen können.

Im Ausbildungsjahr 1976 verstärkte sich die schon im Vorjahr sichtbar gewordene Entwicklung, daß durch kürzere Ausbildungszeiten in neuen Ausbildungsordnungen und die steigende Zahl der Auszubildenden mit einer verkürzten Ausbildungszeit die Gesamtzahl der Ausbildungsverhältnisse weniger stark als die Zahl der Neuabschlüsse ansteigt oder sie sogar zurückgeht. Die gegenläufige Entwicklung ist besonders deutlich im Bereich der Industrie- und Handelskammern zu erkennen. Während sich die Zahl der Neuabschlüsse zwischen 1973 und 1976 nur wenig veränderte, ging die Zahl der Ausbildungsverhältnisse insgesamt dagegen um 80 000 zurück.

Die Entwicklung nach Ausbildungsbereichen zeigt nur in sehr groben Umrissen, wie sich die einzelnen Wirtschaftsbereiche [5] an der Berufsbildung beteiligen. Ein differenzierteres Bild über die Ausbildungsleistungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche vermitteln die Ausbildungsquoten; die Rela-

Tabelle 7: Gegenüberstellung der Gesamtzahl der Ausbildungsverhältnisse und der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum Stichtag 31. 12. (Tsd.) nach Ausbildungsbereich

Jahr	Insgesamt		Industrie u. Handel		Handwerk		Landwirtschaft		Öffentl. Dienst*)		Sonst. Bereiche	
	Ausbildungsverhältnisse		Ausbildungsverhältnisse		Ausbildungsverhältnisse		Ausbildungsverhältnisse		Ausbildungsverhältnisse		Ausbildungsverhältnisse	
	insges.	Neuabschlüsse	insges.	Neuabschlüsse	insges.	Neuabschlüsse	insges.	Neuabschlüsse	insges.	Neuabschlüsse	insges.	Neuabschlüsse
1973	1331	450	694	227	465	152	26	9	50	19	96	43
1974	1331	450	665	218	487	156	27	12	47	17	105	47
1975	1329	462	634	218	505	164	33	15	46	16	111	49
1976	1316	482	611	222	510	179	37	15,5	44	17,5	114	48

*) Ohne die Auszubildenden des öffentlichen Dienstes, deren Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen („Kammern“) registriert und miterfaßt werden.

Quelle: Berufliche Aus- und Fortbildung 1973—1976; Hrg.: Statistisches Bundesamt und Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; eigene Berechnungen für die Zahl der Neuabschlüsse mit Beginn im 2. Ausbildungsjahr.

tionen zwischen der Zahl der Auszubildenden und der Zahl der Beschäftigten. Die gesamtwirtschaftliche Ausbildungsquote betrug 1976 6,6 %, oder anders ausgedrückt: auf 1000 beschäftigte Arbeitnehmer entfielen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt 66 Auszubildende.

Tabelle 8: Ausbildungsquote nach Wirtschaftsbereichen 1976

Wirtschaftsbereich	Ausbildungsquote
Verarbeitendes Gewerbe	5,7
darunter:	
Chemische Industrie	3,5
Eisen- und Stahlherzeugung	3,8
Maschinenbau	7,1
Fahrzeugbau	9,0
Elektrotechnik	4,9
Säge- und Holzverarbeitung	7,3
Nahrungs- und Genußmittel	8,2
Baugewerbe	7,5
Handel	8,5
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	4,3
darunter:	
Deutsche Bundesbahn	6,1
Deutsche Bundespost	6,4
Kreditinstitute u. Versicherungen	6,5
Dienstleistungen soweit anderw. n. genannt	9,5
Gebietskörperschaften	2,8

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit — Auszubildende und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer vom 30. 6. 1976, eigene Berechnung.

Einen weiteren Einblick in das Ausbildungsgeschehen zeigen die Relationen in den beiden größten Ausbildungsbereichen: Handwerk und Industrie 1974 [6]. Die durchschnittliche Ausbildungsquote des Handwerks ist mit 12,0 % dreimal so hoch wie die der Industrie (3,8 %).

Auch die Relation: gewerbliche Auszubildende zu Facharbei-

tern in der Industrie bleibt mit 9,7 % hinter dem Wert des Handwerks zurück (vgl. Tabelle 10)

Tabelle 9: Ausbildungsquote nach Industriezweigen 1974

Industriezweig	Anteil der Auszubild. insg. an Beschäftigt. (%)	Anteil der gewerblichen Auszubild. (%)	Anteil an der Gesamtheit der Auszubild. (%)
Bergbau	3,88	7,43	3,2
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	2,95	7,56	16,2
Darunter:			
Chemische Industrie	3,42	9,57	6,6
Eisenschaffende Industrie	3,71	9,57	3,8
Investitionsgüterindustrie	4,88	12,70	60,9
Darunter:			
Maschinenbau	6,78	14,45	23,8
Straßenfahrzeugbau	3,36	8,19	6,5
Elektrotechnische Industrie	4,61	18,78	16,1
Verbrauchsgüterindustrie	3,04	6,63	17,3
Darunter:			
Druckerei u. Vervielfältigung	4,86	10,23	3,3
Textilindustrie	2,19	3,92	2,7
Bekleidungsindustrie	4,68	8,95	4,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	1,54	2,60	2,4
Industrie insgesamt	3,84	9,67	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; Sonderbeiträge zur Industriestatistik; Beschäftigte nach der Stellung im Betrieb, 1974.

Über die Hälfte der Auszubildenden werden in vier Industriezweigen ausgebildet, von denen zwei zu den ausbildungsintensiven Industriezweigen gehören.

Bei den Handwerksgruppen hat nach Umfang und Ausbildungsintensität das Metall- und Elektrogewerbe eine dominierende Bedeutung.

Die in den Ausbildungsquoten der einzelnen Bereiche sichtbar gewordenen Unterschiede zwischen Ausbildungs- und Arbeitsplatzstrukturen bedeuten, daß viele Jugendliche nach Beendigung der Ausbildung den Betrieb und oft auch den Wirtschaftsbereich wechseln müssen.

Tabelle 10: Ausbildungsquote nach handwerklichen Gewerbebezügen

Gewerbebezugs	Anteil der Auszubildenden an Beschäftigten (%)	Anteil an der Gesamtheit der Auszubildenden (%)
Bau- und Ausbaugewerbe	4,82	13,6
Metall- und Elektrowerke	22,38	57,8
Holzgewerbe	8,49	4,8
Bekleidungs-, Textil- und Ledergerbe	8,83	2,5
Nahrungsmittelgewerbe	6,11	6,5
Körperpflege- und Reinigungsgewerbe	17,01	13,4
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	6,44	1,4
Handwerk insgesamt	12,02	100,0

Quelle: Beschäftigte und Umsatz des Handwerks nach Gewerbebezügen; Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1975, Lehrlingsstatistik des Handwerks zum Stichtag 31. 12. 1974; eigene Berechnungen.

Der Hauptstrom der Wechsler geht vom Handwerk zu den anderen Wirtschaftsbereichen. Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*) wechselten zwischen 1955 und 1970 von allen männlichen Erwerbstätigen, die im Handwerk ausgebildet wurden, 65 % in einen anderen Wirtschaftsbereich, darunter 38 % in die Industrie und 27 % in andere Bereiche. Dagegen lag die Verbleibquote der in der Industrie Ausgebildeten bei 7 % und diejenige der im Handel und öffentlichen Dienst Ausgebildeten sogar bei 73 %.

Der mit dem Betriebswechsel oft verbundene Wechsel des erlernten Berufes hängt ebenfalls mit der von der Arbeitsplatzstruktur bedingten Konzentration der betrieblichen Berufsausbildung auf wenige Wirtschaftsbereiche und innerhalb dieser Bereiche auf wenige Ausbildungsberufe zusammen. Dies zeigt sich deutlich an der Verteilung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse 1976:

- Im Bereich der Industrie- und Handelskammern entfielen auf die 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe von insgesamt 286 Ausbildungsberufen 72 % der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse.
- Im Bereich des Handwerks entfielen auf die 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe von insgesamt 141 Ausbildungsberufen 78 % der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse.

Die starke Konzentration der betrieblichen Berufsausbildung hat sich auch im Zeitverlauf nur wenig geändert. Sowohl 1966 als auch 10 Jahre später erreichten die 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe

- bei den Jungen einen Anteil von knapp zwei Dritteln
- bei den Mädchen einen Anteil von beinahe neun Zehnteln an der Gesamtzahl der Auszubildenden (vgl. Tabellen 11a und 11b).

Von den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 1976 zählten bereits 1966 (1956) zur Spitzengruppe

- bei den Jungen 19 (17) Ausbildungsberufe und
- bei den Mädchen 18 (12) Ausbildungsberufe.

Innerhalb der 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe haben jedoch erhebliche Veränderungen stattgefunden, insbesondere bei den weiblichen Auszubildenden (vgl. Tabellen 11a und 11b).

Die betriebliche Berufsausbildung konzentriert sich bei Mädchen auf die kaufmännischen und Dienstleistungstätigkeiten. Von den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen für Mädchen waren nur drei Ausbildungsberufe mit einem Anteil von 4 % an Auszubildenden insgesamt im technischen und gewerblichen Bereich; von allen weiblichen Auszubildenden qualifizierten sich 1976 nur 9 % in einem nicht dem kaufmännischen und dem Dienstleistungsbereich zugehörigen Ausbildungsberuf.

Bei den männlichen Jugendlichen liegt der Schwerpunkt der betrieblichen Berufsausbildung trotz der starken Zunahme der Auszubildenden in kaufmännischen und Verwaltungsberufen, bei den gewerblich-technischen Ausbildungsberufen in dem Montage- und Wartungsbereich.

Tabelle 11a: Die 20 am stärksten besetzten männlichen Ausbildungsberufe 1976

Bezeichnung *)	1966		1976		Veränderung von 1976 zu 1966 in %
	absolut	in %	absolut	in %	
Kfz, Mechaniker - Schlosser	77 420	9,2	85 825	9,9	+ 10,9
Elektroinstallateur	76 078	9,0	76 919	8,9	+ 1,1
Maschinenschlosser	41 730	5,0	47 164	5,5	+ 13,0
Industrie-kaufmann	21 937	2,6	42 007	4,9	+ 91,5
Kaufmann im Groß- und Außenhandel	26 118	3,1	37 540	4,4	+ 43,7
Verkäufer (1. Stufe)	15 885	1,9	37 011	4,3	+ 17,9
Einzelhandelskaufmann (2. Stufe)	15 499	1,8			
Maurer	20 709	2,5	32 136	3,7	+ 55,2
Maler und Lackierer	27 114	3,2	27 388	3,2	+ 1,0
Werkzeugmacher	25 740	3,1	24 305	2,8	- 5,6
Bankkaufmann	16 362	1,9	22 727	2,6	+ 38,9
Landwirt	17 495	2,1	20 112	2,3	+ 15,0
Tischler	26 217	3,1	17 290	2,0	- 34,1
Mechaniker	14 926	1,8	16 173	1,9	+ 8,4
Fernmeldehandwerker und -mechaniker	15 504	1,8	16 087	1,9	+ 3,8
Fleischer	18 368	2,2	15 342	1,8	- 16,5
Schlosser, Bauschlosser	17 101	2,0	14 416	1,7	- 15,7
Gas- und Wasserinstallateur	24 918	3,0	13 808	1,6	- 44,6
Betriebs-schlosser	16 094	1,9	13 182	1,5	- 18,1
Bäcker	17 657	2,1	12 090	1,4	- 31,5
20 Berufe zusammen	532 872	63,3	571 522	66,2	+ 7,3
Insgesamt in allen Ausbildungsberufen	841 631	100,0	862 878*	100,0	+ 2,5

* Betriebliche Ausbildung und Erwerbstätigkeit, Mitteilungen des IAB, Heft 1/1974.

*) einschl. Personen in Anlernberufen

Tabelle 11b: Die am stärksten besetzten weiblichen Ausbildungsberufe 1976

Bezeichnung	1966		1976		Veränderung 1976 zu 1966 in %
	absolut	in %	absolut	in %	
Verkäuferin (1. Stufe)	—	—	54 098	11,4	- 49,1
Einzelhandelskaufmann (2. Stufe)	140 113	27,5	17 164	3,6	
Friseurin	55 272	10,9	52 977	11,2	- 4,2
Bürokaufmann	23 771	4,7	38 011	8,0	+ 59,9
Arzthelferin	13 956	2,7	32 825	6,9	+ 135,2
Industrie-kaufmann	42 046	8,3	27 730	5,8	- 34,0
Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	15 206	3,0	25 539	5,4	+ 68,0
Zahnarzthelferin	10 909	2,1	24 737	5,2	+ 126,8
Rechtsanwalt- u. Notargehilfin	11 575	2,3	18 920	4,0	+ 63,5
Bankkaufmann	14 325	2,8	18 836	4,0	+ 31,5
Kaufmann in Groß- und Außenhandel	31 982	6,3	15 865	3,3	- 50,4
Gehilfin in wirtschafts- und steuerber. Beruf.	4 994	1,0	13 315	2,8	+ 166,6
Bürogehilfin	20 338	4,0	13 312	2,8	- 34,5
Apotheken-gehilfin	7 361	1,4	10 185	2,1	+ 38,4
Bekleidungs-näherin und Fertigerin	6 736	1,3	9 057	1,9	+ 34,5
Hauswirtschafts-gehilfin	7 224	1,4	6 792	1,4	- 6,0
Technische Zeichnerin	6 559*	1,3	5 760	1,2	- 12,2
Hotel- und Gast-stättengehilfin	2 512	0,5	5 702	1,2	+ 127,0
Hauswirtschaft-lerin (Landw.)	10 933	2,1	4 839	1,0	- 55,7
Damen-schneiderin	18 070	3,6	4 604	1,0	- 74,5
20 Berufe zusammen	443 882	87,3	400 268**	84,2	- 9,8
Insgesamt in allen Ausbildungsberufen	508 631	100,0	474 931**	100,0	- 6,6

* einschl. Teilzechnerin

** einschl. Personen in Anlernberufen

Quelle: Lehrlinge und Anlernlinge in der Bundesrepublik Deutschland 1950—1967, Hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; Berufliche Aus- und Fortbildung 1976, Hrsg. Statistisches Bundesamt und Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

Die Entwicklung und Verteilung der Auszubildenden nach Wirtschaftsbereichen und Berufen wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt. Zu den wichtigsten zählt die Entwicklung der Tätigkeitsstrukturen der Arbeitsplätze, die ihrerseits von der Nachfrageentwicklung auf den Gütermärkten und dem Substitutionsverhältnis zwischen Arbeit und Kapital abhängig ist, der zunehmende Technisierungsgrad der Arbeitsplätze und die Veränderung der Betriebsgrößenstruktur sowie die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen (Ausbildungsverhalten der Schulabgänger). Von den genannten Faktoren hatte der zuletzt genannte lange Zeit eine maßgebliche Bedeutung. Bis

Anfang der 70er Jahre betrug die Zahl der unbesetzt gebliebenen Stellen bei den Arbeitsämtern zu Beginn eines Ausbildungsjahres mehr als 200 000. Daher war die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze von manchen Regionen abgesehen, fast ausschließlich von der Nachfrage, d. h. der Zahl der Bewerber bestimmt. Nach 1972 ist die Zahl der unbesetzt gebliebenen Ausbildungsstellen bei den Arbeitsämtern sehr stark zurückgegangen; 1976 betrug sie lediglich 18 000 und war um 9000 niedriger als die zur gleichen Zeit registrierte Zahl von unversorgten Ausbildungsplatzbewerbern. Innerhalb weniger Jahre und noch vor Eintritt der geburtenstarken Schulentlassungsjahrgänge hat sich die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt grundlegend verändert.

Die wesentlichen Ursachen der Verknappung des Ausbildungsplatzangebots sind: der zunehmende Technisierungsgrad der Arbeitsplätze, der der bisher vorherrschenden Form der betrieblichen Ausbildung, dem „learning by doing“ an Erwachsenenarbeitsplätzen, zunehmend Hemmnisse entgegenstellt und der auch, wie z. B. im kaufmännischen Bereich durch den Einsatz der Datenverarbeitung, zu einer starken Reduzierung der traditionellen Tätigkeiten der Fachkräfte führt; die fortgesetzte Betriebskonzentration zulasten der ausbildungsintensiven Klein- und Mittelbetriebe (z. B. im Einzelhandel); die Verlagerung von arbeits- und zugleich ausbildungsintensiven Produktionsbetrieben ins Ausland (Bekleidungsindustrie, Feinmechanik, Optik).

1976 trat ein Wendepunkt in der Entwicklung des Gesamtangebots [7] ein.

Nachdem von 1972 bis 1975 die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge relativ unverändert zwischen 450 000 und 460 000 blieb und die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten aber unbesetzt gebliebenen Ausbildungsstellen auf 18 000 zurückgegangen war, stieg die Zahl der Neuabschlüsse 1976 erstmalig wieder stark an. Die nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen meldeten 496 076 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge für die Zeit vom 1. 10. 1975 bis zum 30. 9. 1976. Durch nachträgliche Korrekturen [8], vor allem aufgrund der Bestandsstatistik der Kammern sind die Meldeergebnisse leicht auf 498 800 für 1976 erhöht worden. Das Gesamtangebot, d. h. einschließlich der bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten nicht besetzten Ausbildungsstellen, betrug 1976 516 900, das entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 7,2 %.

Für die Zeit vom 1. 10. 1976 bis zum 30. 9. 1977 sind 558 876 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gemeldet worden. Die Zahl der nicht besetzten Ausbildungsstellen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 7378 auf 25 451. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dadurch das Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen um 67 454 oder 13 % erhöht. Im Gegensatz zum Vorjahr war dieser Anstieg höher als die gleichzeitige Zunahme der Nachfrage um 11,3 % (1976: 8,1 %) und es konnte ein globaler Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erzielt werden. Die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge verteilen sich auf die einzelnen Ausbildungsbereiche wie folgt:

Tabelle 12: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Ausbildungsbereichen zum 30. 9. 1977

Ausbildungsbereich	Neuabschlüsse	Veränderung zum Vorjahr in %
Industrie u. Handel	265 449	+ 12,0
Handwerk	206 345	+ 16,3
öffentlicher Dienst	18 957	+ 8,3
Landwirtschaft	17 390	+ 2,3
„Freie Berufe“	50 735	+ 1,9
Alle Ausbildungs-bereiche	558 876	+ 12,0

Die starke Ausweitung des Angebots 1977 durch die private Wirtschaft und den öffentlichen Arbeitgeber ist angesichts der verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bemerkenswert. Sie ist das Ergebnis einer in der Geschichte der beruflichen Bildung bisher einzigartigen „Mobilisierungsaktion“ aller gesellschaftlichen Gruppen.

1978 müssen die Anstrengungen zur Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze bei dem erwarteten Anstieg der Ausbildungsplatzsuchenden um mehr als 40 000 fortgesetzt werden. Dabei müßte nach dem überdurchschnittlichen Beitrag des Handwerks zum Ausbildungsangebot der letzten Jahre das Schwergewicht der Erweiterung in den nächsten Jahren auf dem industriellen Bereich liegen.

Anmerkungen

[1] 1976 und 1977 führten die Bundesländer Befragungen in den Abgangs- und Abschlußklassen der Schulen durch, die über die beruflichen und schulischen Bildungsabsichten der Abgänger Aufschluß geben.

Die hier zitierten Angaben beziehen sich auf die von der Kultusministerkonferenz der Länder in RS Nr. II B — 1463/77 veröffentlichten Ergebnisse.

[2] D. h. Hauptschüler der Klassenstufen 7/8 bis 10
Realschüler der Klassenstufen 9 bis 10

Gymnasialisten der Klassenstufen 9 bis 12
Gesamtschüler der Klassenstufen 7/8 bis 12
und die zur Schulentlassung anstehenden Schüler der Sonderschulen, des Berufsgrundbildungsjahres und seiner Sonderformen und der ein- und zweijährigen Berufsfachschulen.

- [3] Beiden sind „duale“ Ausbildungsformen, aber nur die durch das Berufsbildungsgesetz 1969 geregelte betriebliche Berufsausbildung zählt im allgemeinen Sprachgebrauch zum dualen System.
- [4] 3% Stichprobe bei Abgängern von Hauptschulen, Sonderschulen; 6% Stichprobe bei Realschulabsolventen und Abgängern aus der letzten Klasse des Gymnasiums und der Fachoberschule. Bei den Abgängern aus der Sekundarstufe I bezog sich die Erhebung auf den Schuljahrgang 1976/77.
- [5] Beim öffentlichen Dienst ist allerdings auch zu berücksichtigen, daß der größte Teil der Nachwuchsausbildung außerhalb der dualen Ausbildung erfolgt.
- [6] Wegen fehlender Angaben ist ein Vergleich nach 1974 nicht möglich.
- [7] Es ist nach § 5 Abs. 4 des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes definiert als Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den bis zum 30. 9. eines jeden Jahres vorangehenden zwölf Monaten (realisiertes Angebot) und der am 30. 9. den Arbeitsämtern zur Vermittlung angebotenen, aber nicht besetzten Ausbildungsplätze (nicht realisiertes Angebot).
- [8] Bei der erstmalig 1976 durchgeführten Erhebung nach § 5 Abs. 4 APIFG konnten gewisse Ungenauigkeiten noch nicht ganz vermieden werden.

Dagmar Lennartz

Qualifikation oder Selektion

Ein Beitrag zur Diskussion über flexible Prüfungssysteme

Unter dem Druck der gegenwärtigen Ausbildungsplatzsituation und der daraus resultierenden Ausbildungsnot insbesondere für Sonderschul- und Hauptschulabgänger erhält die Diskussion über die Abschaffung der einmaligen punktuellen Abschlußprüfung und die Einführung flexibler Prüfungssysteme eine neue Aktualität. Teilabschlüsse werden als ein mögliches Mittel gesehen, um auch diesen Jugendlichen zu einer beruflichen Qualifizierung zu verhelfen. In dem folgenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, ob die nicht zuletzt auch pädagogisch begründete Forderung nach der Einführung flexibler Prüfungssysteme tatsächlich in jedem Fall dem Interesse der Jugendlichen so gerecht wird wie es intendiert ist.

Ein wesentliches Kennzeichen für die gegenwärtige Ausbildungsplatzsituation ist, daß die Jugendlichen ungleich schärferen Selektionsprozeduren ausgesetzt sind als noch ihre Altersgenossen zu Beginn der 70er Jahre. In welchen Formen und in welchem Ausmaß die Selektion heute vollzogen wird, läßt sich allerdings nur annähernd bestimmen, da die wenigen der Öffentlichkeit zugänglichen Daten über die Kriterien und Güte der Auswahlverfahren, deren sich die Betriebe bei der Bewerberauswahl bedienen, nur grobe Anhaltspunkte liefern [1]. Weit transparenter hingegen ist das statistisch erfaßbare Ergebnis der Auslese: Es sind vor allem die Jugendlichen mit der schlechteren schulischen Vorbildung, die in der Konkurrenz um eine qualifizierte Berufsausbildung immer weniger Chance haben. Diese in der

Literatur als Verdrängungseffekt definierte Konsequenz der Selektion ist die bedauerliche, jedoch anscheinend unvermeidliche Begleiterscheinung einer durch den Mangel gekennzeichneten Ausbildungsplatzsituation.

Die zunehmende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt verstärkt also zugleich auch den Selektionsdruck. Doch beschränkt er sich keineswegs nur auf die Zulassung zur Ausbildung; es besteht vielmehr die Gefahr, daß er mittelbar bis in den Elementarbereich des allgemeinbildenden Schulwesens durchschlägt [2]. Der Zwang zur Auslese setzt sich schließlich — wenn auch in verminderter Form — in der Ausbildung fort; nunmehr verursacht durch das ebenfalls auseinanderklaffende Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach qualifizierten Arbeitsplätzen [3].

Selektion soll — allgemein gesprochen — gewährleisten, daß bei einem Überangebot von Bewerbern die jeweils Geeignetsten für die zu besetzenden Stellen ausgewählt werden. Unter dem Aspekt der Verteilung der Ausbildungsplätze in der gegenwärtigen Ausbildungsplatzsituation läßt sich ihre Funktion dahingehend präzisieren, daß sie eine reibungslosere „Verwaltung des Mangels“ herbeiführen soll. Dieser Verwaltung des Mangels aber ist nur eine Konsequenz der oben skizzierten verschärften Selektion im Bildungs- und Ausbildungssystem, wobei anzumerken ist, daß allein schon die kontroverse Diskussion über die Zulassungsverfahren zum Hochschulstudium zeigt, wieviel Unklarheit noch